

Rt Hon Robert Buckland QC MP
Secretary of State for Justice and Lord Chancellor
Justizministerium
102 Petty France
London
SW1H 9AJ

3. Juli 2020

RE: Offener Brief mit der Forderung nach der Freilassung des WikiLeaks-Gründers Julian Assange

CC: Dominic Raab, Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und Commonwealth-Fragen

Sehr geehrter Herr Minister Robert Buckland, QC MP,

Am 8. Juni 2020 antwortete Staatsminister Lord Ahmad of Wimbledon im Oberhaus auf die Frage zur Haltung des Vereinigten Königreichs zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten sowie zur Pressefreiheit: „Medienfreiheit ist für offene Gesellschaften unerlässlich. Journalistinnen und Journalisten müssen in der Lage sein, ohne unangemessene Einmischung zu recherchieren und zu berichten.“

Wir, die Unterzeichnenden, stimmen dieser Erklärung zu und fordern die britische Regierung auf, an ihrem Engagement für die Pressefreiheit im eigenen Land festzuhalten. Zum Zeitpunkt der Äußerungen von Lord Ahmad saß der WikiLeaks-Gründer Julian Assange mehr als ein Jahr lang in Untersuchungshaft im Hochsicherheitsgefängnis HMP Belmarsh, da ihm die Auslieferung an die Vereinigten Staaten droht. Wir fordern die britische Regierung auf, Herrn Assange unverzüglich aus der Haft zu entlassen und seine Auslieferung an die USA zu blockieren.

Die US-Regierung hat Herrn Assange in 18 Anklagepunkten wegen Erlangung, Besitz, Verschwörung zur Veröffentlichung und Veröffentlichung vertraulicher Informationen angeklagt. Die Anklageschrift enthält 17 Anklagepunkte nach dem Spionagegesetz von 1917 und einen Anklagepunkt wegen Verschwörung (mit einer Quelle) nach dem Computerbetrugs- und -missbrauchsgesetz, das sich der Sprache des Spionagegesetzes bedient. Das ist das erste Mal, dass diese Anklagepunkte im Zusammenhang mit der Veröffentlichung wahrheitsgetreuer Informationen von öffentlichem Interesse verwendet werden. Dies stellt einen äußerst gefährlichen Versuch dar, die Kommunikation zwischen Journalistinnen und Journalisten und ihren Quellen sowie die Veröffentlichung von Verschlussachen durch Medienschaffende zu kriminalisieren, ungeachtet des Nachrichtenwertes der Informationen und unter völliger Missachtung des Rechts der Öffentlichkeit auf Information.

Am 24. Juni 2020 hat das US-Justizministerium einen zweiten, ersetzenden Vorwurf gegen Herrn Assange vorgebracht. Es wurden keine neuen Anklagepunkte hinzugefügt, sondern die Anklage erweitert um den Vorwurf der Verschwörung zum Eindringen in Computer. Diese neue Anklage verwendet eine irreführende Darstellung in dem Versuch, die Handlungen von Herrn Assange als ruchlos und konspirativ darzustellen, anstatt sie als Beiträge zur Berichterstattung im öffentlichen Interesse darzulegen.

Die Anklage gegen Herrn Assange ist mit einer möglichen Höchststrafe von 175 Jahren Gefängnis verbunden. Die Auslieferung von Herrn Assange in die USA, wo eine Verurteilung so gut wie sicher ist, kommt einem Todesurteil gleich.

Dies ist eine beispiellose Eskalation eines bereits beunruhigenden Angriffs auf den Journalismus in den USA, wo Präsident Donald Trump die Nachrichtenmedien als „Feind des Volkes“ bezeichnet hat. Während frühere Präsidenten Whistleblower und andere journalistische Quellen strafrechtlich

verfolgt haben, geht die Administration Trump nun einen Schritt weiter und verfolgt die Herausgeber.

Herr Assange selbst ist seit fast einem Jahrzehnt aufgrund seiner Veröffentlichungen verfolgt worden. Aus Furcht vor einer US-Strafverfolgung, die sich später als vorausschauend erwies, beantragte Herr Assange 2012 bei der ecuadorianischen Regierung Asyl und betrat auf dieser Grundlage die ecuadorianische Botschaft in London. Großbritannien weigerte sich zu versichern, dass Herr Assange nicht an die USA ausgeliefert werden würde. Daraufhin entschied die Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für willkürliche Inhaftierung, dass es sich im Falle der Inhaftierung von Herrn Assange tatsächlich um Willkür handele und forderte Großbritannien auf, „den Wikileaks-Gründer Julian Assange unverzüglich aus der ecuadorianischen Botschaft in London freizulassen“.

Die Regierung von Präsident Obama hat die Geheimdienstanalytikerin der US-Armee, Chelsea Manning, strafrechtlich verfolgt, weil sie Hunderttausende von Dokumenten über die Kriege der USA im Irak und in Afghanistan an WikiLeaks weitergegeben hat, ebenso wie diplomatische Kabel und Akten des Außenministeriums über Inhaftierte des Gefängnisses von Guantanamo Bay. Aber die Regierung, die bereits 2010 eine Untersuchung der Grand Jury zu WikiLeaks veranlasst hatte, beschloss ausdrücklich, Herrn Assange wegen des so genannten „New-York-Times-Problems“ nicht strafrechtlich zu verfolgen. Wie die Washington Post im November 2013 erklärte: „Wenn das Justizministerium Assange anklagen würde, müsste es auch die New York Times und andere Nachrichtenorganisationen sowie Autorinnen und Autoren, die geheimes Material veröffentlicht haben, darunter die Washington Post und die britische Zeitung The Guardian, strafrechtlich verfolgen.“

Als Präsident Trump an die Macht kam, kündigte der damalige Generalstaatsanwalt der USA, Jeff Sessions, an, dass die Anklage gegen Assange „Priorität“ haben würde, obwohl in dem Fall keine neuen Beweise oder Informationen ans Licht gekommen waren. Im April 2017 erklärte der damalige CIA-Direktor Mike Pompeo in einer aufrüttelnden Rede WikiLeaks zu einem „nichtstaatlich feindlichen Geheimdienst“ und sagte: „Julian Assange hat keine Privilegien des ersten Verfassungszusatzes.“ (First Amendment)

Am 11. April 2019 beendete Ecuador unter Verletzung der Genfer Flüchtlingskonvention illegal das diplomatische Asyl von Herrn Assange und lud die britische Polizei in ihre Botschaft ein, wo er auf Ersuchen der USA sofort verhaftet wurde. Herr Assange saß wegen Verstoßes gegen die Kautionsauflagen eine unverhältnismäßige Haftstrafe von 50 Wochen ab. Als diese im September 2019 endete, wurde er trotzdem nicht freigelassen. Herr Assange befindet sich nach wie vor im HMP Belmarsh, nun ausschließlich auf Geheiß der USA.

Schon vor dem durch die Coronavirus-Pandemie begründeten Lockdown wurde Herr Assange unter Bedingungen festgehalten, die einer Isolationshaft nahekommen, da er mehr als 22 Stunden täglich in seiner Zelle eingesperrt war. Jetzt ist Herr Assange durch die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus noch stärker isoliert. Er hat seine eigenen Kinder seit mehreren Monaten nicht mehr gesehen. Darüber hinaus wurde Herrn Assange extrem eingeschränkter Zugang zu seinem Anwaltsteam und Dokumenten gewährt, was seine Fähigkeit, sich an seiner eigenen Rechtsverteidigung zu beteiligen, stark einschränkt. Nach einem von Ärzten begleiteten Besuch bei HMP Belmarsh im Mai 2019 stellte der UN-Sonderberichterstatter für Folter, Nils Melzer, fest, dass Herr Assange psychologische Folter ausgesetzt war und ist.

Die Auslieferungsanhörung von Herrn Assange, die im Februar 2020 für eine Woche begann und noch drei weitere Wochen dauern soll, soll im September aufgenommen werden.

Doch das Coronavirus, das Berichten zufolge bereits mindestens einen Mitgefangenen des HMP Belmarsh getötet habe und das sich weiterhin mit alarmierender Geschwindigkeit in den Gefängnissen ausbreitet, gefährdet ernsthaft die Gesundheit und das Wohlbefinden von Herrn Assange, der an einer chronischen Lungenerkrankung leidet, die ihn besonders anfällig für Covid-19 macht.

Die anhaltende Verfolgung von Herrn Assange trägt zu einer Verschlechterung der Pressefreiheit im Vereinigten Königreich bei und schadet dem internationalen Image des Vereinigten Königreichs. Reporter ohne Grenzen nannte die unverhältnismäßige Verurteilung von Herrn Assange zu 50 Wochen Gefängnis aufgrund Verletzung der Kautionsauflagen, die Entscheidung des Innenministeriums, dem Auslieferungsantrag der USA grünes Licht zu geben, und die fortgesetzte Inhaftierung von Herrn Assange als Gründe für das schlechtere Abschneiden des Vereinigten Königreichs auf Platz 35 von 180 Ländern auf der aktuellen Rangliste der Pressefreiheit.

Wir fordern die britische Regierung auf, Herrn Assange ohne weitere Verzögerung freizulassen und seine Auslieferung an die USA zu blockieren – eine Maßnahme, die das Leben von Herrn Assange retten und die Pressefreiheit erhalten könnte, für dessen weltweiten Schutz sich das Vereinigte Königreich verpflichtet hat.

Unterzeichnet:

Nathan Fuller, Exekutivdirektor der Courage Foundation

Rebecca Vincent, Direktorin für internationale Kampagnen, Reporter ohne Grenzen (RSF)

Anthony Bellanger, Generalsekretär - Internationaler Journalistenverband (IJF)

Archie Law, Vorsitzender Sydney Peace Foundation

Carles Torner, Exekutivdirektor, PEN International

Christine McKenzie, Präsidentin, PEN Melbourne

Daniel Gorman, Direktor, englischer PEN

Elena Cohen, Präsidentin der Nationalen Anwaltsgruppe

Jeanne Mirer, Präsidentin, Internationale Vereinigung demokratischer Rechtsanwälte

Kjersti Løken Stavrum, Präsident, PEN Norwegen

Lasantha De Silva, Bewegung für freie Medien

Marcus Strom, Präsident, MEAA Media, Australien

Mark Isaacs, Präsident von PEN International Sydney

Michelle Stanistreet, Generalsekretärin der National Union of Journalists (NUJ)

Mousa Rimawi, Direktor, MADA - das Palästinensische Zentrum für Entwicklung und Medienfreiheit

Naomi Colvin, UK/Irland Programmdirektorin, Blueprint for Free Speech

Nora Wehofsits, Advocacy Officer, Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF)

Peter Tatchell, Peter-Tatchell-Stiftung

Ralf Nestmeyer, Vizepräsident, Deutscher PEN

Pfarrer Tim Costello AO, Direktor von Ethical Voice

Robert Wood, Vorsitzender, PEN Perth

Ruth Smeeth, Hauptgeschäftsführerin, Index zur Zensur

Sarah Clarke, Leiterin der Abteilung Europa und Zentralasien, ARTICLE 19

Silkie Carlo, Direktorin, Big Brother Watch

William Horsley, Vertreter für Medienfreiheit, Verband europäischer Journalisten

Adil Soz, Internationale Stiftung zum Schutz der Redefreiheit

Amerikaner für Demokratie & Menschenrechte in Bahrain (ADHRB)

Bytes für alle (B4A)

Zentrum für Medienfreiheit und Verantwortung (CMFR)

Das Zentrum für Medienstudien und Friedensförderung (CEMESP-Liberia)

Das Zentrum für investigativen Journalismus (CIJ)

Stiftung für Pressefreiheit (Fundación para la Libertad de Prensa)

Free Media Movement Sri Lanka

Freedom Forum Nepal

IFoX / Initiative for Freedom of Expression – Turkey

International Press Centre (IPC)

The International Press Institute (IPI)

Media Foundation for West Africa

Mediacentar Sarajevo

Pakistan Press Foundation (PPF)

South East Europe Media Organisation (SEEMO)

World Association of Community Radio Broadcasters (AMARC)